

Sachdokumentation:

Signatur: DS 4478

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/4478



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Newsletter vom 24. 9. 2023

Inhalt

Mit der kantonalen Volksinitiative für Förderklassen wird ein heisses Eisen angepackt	2
21. September 2023, Hanspeter Amstutz.....	2
Förderklassen-Initiative trifft wunden Punkt	4
NZZ, 21. September 2023, Zürich und Region, Marius Huber	4
«Das heutige System schafft Probleme für alle»	5
NZZ, 20 September 2023, Zürich und Region, Interview: Michael von Ledebur	5
Mini-Time-out für schwierige Schüler: Silvia Steiner reagiert auf Kritik.....	7
Tages-Anzeiger, 8. Sept. 2023, Zürich	7
Kleinklassen sind die bessere Lösung	8
Tages-Anzeiger, 18. September 2023, Debatte, Leserbriefe	8
Ein Schulbuch mit Schlagseite	9
NZZ, 15. September 2023, Zürich und Region, Michael von Ledebur	9
Haarsträubende Geschichtsklitterung im Schulbuch	12
NZZ, 15. September 2023, Meinung & Debatte, Michael von Ledebur.....	12
Fehlender politischer Rückhalt für den Unterricht in Schweizer Geschichte	13
18. September 2023, Hanspeter Amstutz.....	13
Abschaffung der Schulnoten: Viele andere Städte sind skeptisch	15
Zentralplus, 14. Juni 2023, Pascal Kaelin.....	15
Sind Schulnoten noch zeitgemäss?	17
SRF1, 7. September 2023, Moderation und Redaktion: Yvonne Hafner	17
Mehr Sek statt Run aufs Gymi.....	18
Tages-Anzeiger, 14. September 2023, Meinungen, Gastbeitrag von Filippo Leutenegger	18
Gleichwertigkeit Lehre und Gymi.....	19
Tages-Anzeiger, 19. September 2023, Debatte, Leserbrief.....	19
Die Gymi-Quote ist hoch genug.....	19
Tages-Anzeiger, , 13. September 2023, Debatte, Leserbrief.....	19
«Zu viel Dünkel, zu viele Dogmen»	20
NZZ, 13. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbriefe	20
Veranstaltungshinweise	21
Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts.....	21
Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr.....	21
Geschichte – ein Schulfach unter Druck.....	21
Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr.....	21



Mit der kantonalen Volksinitiative für Förderklassen wird ein heisses Eisen angepackt

21. September 2023, Hanspeter Amstutz

Im Kanton Zürich kommt Bewegung in die erstarrte Politik bei der schulischen Integration. Mit einer kantonalen Volksinitiative zur Wiedereinführung von Förderklassen soll für die Schulen eine schon seit Jahren geforderte Entlastung geschaffen werden. Die zunehmenden Klagen unzähliger Klassenlehrpersonen, die angeordnete Integration stark verhaltensauffälliger Schüler in die Regelklassen erschwere einen geordneten Schulbetrieb massiv, sind nicht mehr zu überhören. Auch Eltern reklamieren, dass das Störpotenzial einzelner Schüler konzentriertes Arbeiten der Lernwilligen in manchen Klassen beeinträchtigt. Kaum Kritik gibt es hingegen gegenüber Kindern, die durch eine geistige oder körperliche Behinderung den Regelklassen zugeteilt wurden. Hier besteht vielmehr die Schwierigkeit, dass diese Kinder im Rahmen eines normalen Schulprogramms in vielen Fällen nicht ausreichend gefördert werden können. Klassenlehrkräfte fühlen sich überfordert, wenn sie einen sehr hohen Betreuungsaufwand für einzelne Kinder leisten und gleichzeitig anspruchsvolle Unterrichtsziele erreichen müssen.

Seit der Einführung des neuen Volksschulgesetzes gilt das Dogma der Integration aller Kinder in die Regelklassen. Keine Schülerin und kein Schüler sollte durch separate Schulung ausgegrenzt und für den weiteren Lebensweg stigmatisiert werden. Was theoretisch gut tönt, hat sich allerdings in der Praxis als kaum zu bewältigende Aufgabe herausgestellt. Eigentlich müssten den Klassenlehrpersonen für die schulische Förderung integrierter Kinder gut ausgebildete Heilpädagoginnen zur Seite stehen. Doch die von Klasse zu Klasse eilenden Spezialistinnen sind oft nicht da, wenn es zu Wutausbrüchen oder Lernblockaden bei den Verhaltensauffälligen kommt. Es zeigt sich, dass das Modell der Totalintegration in stärker belasteten Klassen nicht funktioniert und die Lehrpersonen im Stich gelassen werden.

Die Initiative packt ein heisses Eisen an, indem sie das unselige Dogma der Verunglimpfung separativer Schulung infrage stellt. Im Volksschulgesetz besteht zwar die Möglichkeit, mit viel administrativem Aufwand eine Kleinklasse zu führen. Doch die Hürden mit psychologischen Abklärungen und finanziellem Mehraufwand sind so hoch, dass gerade noch in zwei Zürcher Schulgemeinden Kleinklassen geführt werden. Man hat in der Bildungsdirektion und an der Schule für Heilpädagogik seit siebzehn Jahren gezielt darauf hingearbeitet, die Kleinklassen im ganzen Kanton abzuschaffen. Heilpädagoginnen werden für eine therapeutische Einzelbetreuung der Kinder ausgebildet und nicht mehr auf die Führung von Kleinklassen vorbereitet. Doch unterdessen beklagen sich viele Heilpädagoginnen, dass der verzettelte Einsatz in mehreren Klassen aus pädagogischer Sicht für sie völlig unbefriedigend sei.

Nach 17 Jahren des Experimentierens braucht es endlich praktikable Lösungen

Der Scherbenhaufen der Totalintegration ist so gross, dass selbst die einstigen Befürworter des Modells zugeben, es sei zu viel schiefgelaufen. Linksstehende Politikerinnen fordern deshalb unisono den Einsatz von noch mehr Heilpädagoginnen in den Regelklassen und zusätzliche finanzielle Mittel. Doch die Forderung ist angesichts des Lehrermangels und des bereits arg strapazierten Budgets für die Sonderpädagogik absolut illusorisch. Auf etwas andere Weise streuen ideologische Verteidiger des Integrationsgedankens den Leuten Sand in die Augen, indem sie von neuen Versuchen mit Lerninseln sprechen. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn nicht wieder ein Absolutheitsanspruch für ein bestimmtes Fördermodell propagiert und die praktische Umsetzung einmal mehr verzögert würde.

Die Schulen haben jetzt siebzehn Jahre lang Zeit gehabt, um Integrationsmodelle zu entwickeln. In der Schulpraxis weiss man längst, was gescheitert ist und welche Alternativen zu Kleinklassen unter gewissen schulischen Bedingungen infrage kommen. Die Bildungspolitik hat in der



Integrationsfrage versagt und sollte mit dem Verschiessen von weiteren Nebelpetarden endlich aufhören. Will man den Schulen ehrlich unter die Arme greifen, braucht es den Mut zu flexibleren Lösungen. Die Gemeinden sollen den Entscheid zwischen separativen und integrativen Fördermodellen selbst treffen können.

Wir haben Ihnen in unserem Newsletter ein ganzes Bündel von Texten, Interviews und Kommentaren im Zusammenhang mit der Förderklassen-Initiative zusammengestellt. Wir nehmen an, dass dies erst der Auftakt zu heftigen Diskussionen um den richtigen Weg in der schulischen Integration ist. Wir hoffen sehr, dass diese ewige Baustelle nun aufgeräumt wird.

Städtzürcher Schulen müssen sich mit einem vermeintlich heissen Eisen befassen

Die Präsentation eines Geschichtslehrmittels des Präsidialamts der Stadt Zürich über die Verwicklung von Zürcher Kaufleuten in den einstigen Sklavenhandel hat im Kanton für einige Aufregung gesorgt. Es geht dabei um die Verwandtschaft von Alfred Escher. Der Zürcher Eisenbahnpionier und Förderer des jungen Bundesstaats von 1848 wird im Buch auf ungerechtfertigte Weise mit den trüben Machenschaften seines Onkels in Zusammenhang gebracht. Das Lehrmittel soll darüber hinaus die Schüler über rassistische Symbole aufklären und Spuren des einstigen Kolonialismus in der Stadt aufdecken. Dagegen wäre nichts einzuwenden, wenn auf offensichtliche Fehlinterpretationen verzichtet und kein so einseitig negatives Bild einer für Zürich bedeutenden Epoche vermittelt würde. In einem Kommentar in der NZZ ist gar von einer «haarsträubenden Geschichtsklitterung» die Rede.

Man fragt sich zu Recht, welche Vorstellungen der Zürcher Stadtrat vom Auftrag des Geschichtsunterrichts in unseren Sekundarschulen hat. Aus staatskundlichen Gründen gäbe es weit Dringenderes als beim Begriff Mohrenkopf sofort an Rassismus zu denken. Unsere Schulabgänger wissen in den seltensten Fällen, welche Leistungen der umstrittene Alfred Escher beim wirtschaftlichen Aufbau des Kantons und beim Bau der Gotthardbahn spielte. Weit bedenklicher ist jedoch, dass unsere Jugend kaum Kenntnisse über Meilensteine der modernen Schweizer Geschichte hat, weil verunsicherte Lehrpersonen dieses Minenfeld umstrittener Meinungen meiden. Welches die Gründe für das Malaise sein könnten, finden Sie in meinem Beitrag zum aktuellen Geschichtsunterricht in der Volksschule.

Die Notenproblematik scheint erneut aufzuflammen

Trotz unzähliger gescheiterter Versuche, die Zeugnisnoten abzuschaffen, probiert es die Stadt Luzern mit einem neuen Anlauf. In seinem kritischen Beitrag in den Zentralschweizer Printmedien berichtet Adi Kälin über den Luzerner Versuch. Er weist darauf hin, dass die bildungspolitisch wagemutige Stadt Basel bei der Notenabschaffung zurückgekrebt ist, weil Einbussen bei den Schulleistungen festgestellt wurden.

Wer sich etwas gründlicher mit dem Thema auseinandersetzen möchte, findet in der Radiosendung von SRF 1 mit dem Titel «Sind Schulnoten noch zeitgemäss?» überzeugende Antworten von Carl Bossard für die Beibehaltung des bisherigen Systems. Der erfahrene Rektor sieht in einem Klima des ermutigenden und fairen Lernens keinen Grund, auf eine Klarheit schaffende Notengebung zu verzichten.

Nachlese auf ein bewegendes Thema und zwei Veranstaltungshinweise

Die Diskussion um den Wert des gymnasialen Bildungswegs gegenüber der beruflichen Ausbildung hat in der Presse im vergangenen Monat hohe Wellen geschlagen. Stadtrat Leutenegger unterstreicht in seinem Beitrag, dass in unserem Land gut ausgebildete Berufsleute beste Chancen haben vorwärtszukommen und gesellschaftliche Anerkennung zu finden. Leserbriefschreiber sehen in einer hohen Gymnasialquote die Gefahr, dass die gymnasialen Leistungsanforderungen sinken und der Fachkräftemangel weiter steigen wird.



Gerne weisen wir Sie am Schluss auf zwei Veranstaltungen hin, bei denen die beiden Starken Schulen für die Organisation zuständig sind. Sie sehen, in Sachen Bildung läuft zurzeit einiges.

Für die Redaktion der Starken Volksschule Zürich

Hanspeter Amstutz

Förderklassen-Initiative trifft wunden Punkt

NZZ, 21. September 2023, Zürich und Region, Marius Huber

Uneinigkeit bei Integration verhaltensauffälliger Kinder

Eine von FDP und GLP lancierte Volksinitiative verlangt, dass es künftig wieder in allen Gemeinden heilpädagogisch betreute Kleinklassen gibt. In solchen sollen Kinder vorübergehend platziert werden können, wenn ihre Integration in der Regelklasse eine zu grosse Belastung ist. Chantal Galladé (GLP), eine der Initiantinnen, ist überzeugt: Ein derart massgeschneidertes Mittel, um auf Verhaltensauffälligkeit zu reagieren, fehlt den Schulen heute. Das Anliegen hat gemäss einer NZZ-Umfrage bei den Stimmberechtigten gute Chancen.

Konfrontiert mit der Initiative, sagt die grüne Kantonsrätin Karin Fehr, Präsidentin der Bildungskommission: «Ich will die Probleme nicht negieren.» Sie verstehe, dass Lehrpersonen überfordert seien, wenn zum Beispiel die Mehrheit der Kinder in einer Klasse besondere Betreuung benötigen.

Inklusion statt Separation

Auch die SP-Kantonsrätin Carmen Marty Fässler, selbst Primarlehrerin, anerkennt, dass es so wie jetzt nicht weitergeht. Denn die Rechnung geht ihr gemäss nicht auf: Lehrpersonen brauchten mehr Zeit, um auf die individuellen Bedürfnisse der Kinder einzugehen. Zeit, die sie nicht haben. Ähnlich sieht es Kathrin Wydler (Mitte). Die Zunahme von Kindern mit Förderbedarf sei eine grosse Belastung für die Schulen. «Daher sind auch wir grundsätzlich der Meinung, dass die Integration überdacht werden muss.» Dennoch unterstützen ihre Parteien die Initiative von FDP und GLP nicht. Die Grünen und die SP halten weiter an der Inklusion fest und wollen nicht zurück zur Separation. Sie fordern stattdessen mehr Personal, um die Klassenlehrpersonen zu entlasten.

Für die Mitte, Partei von Bildungsdirektorin Silvia Steiner, ist eine solche Personaloffensive kein Thema. Kathrin Wydler stört aber an der Initiative, dass diese den Gemeinden zu viel vorschreiben wolle. Sie weist darauf hin, dass schon heute die Möglichkeit besteht, Kleinklassen einzuführen. Diese werde in Zukunft wohl vermehrt genutzt.

«Absolut utopisch»

Die Kritikerinnen der Initiative finden es auch problematisch, dass für die heilpädagogisch betreuten Kleinklassen entsprechendes Fachpersonal nötig wäre. Dieses fehle schon heute. So haben manche Sonderschulen keine freien Plätze mehr, weil sie keine Leute finden. Zweifel bestehen zudem an der Vorgabe der Initiative, dass sie kostenneutral umgesetzt werden müsste. «Absolut utopisch», sagt Wydler dazu. Denn: Es brauchte für die Kleinklassen nicht nur mehr Sozialpädagogen, sondern auch Zimmer.

Auch Rochus Burtscher, SVP-Vertreter in der Bildungskommission, rechnet damit, dass bei einem Erfolg der Initiative zusätzliche Ressourcen benötigt würden. Er ist aber der Ansicht, dass man im Gegenzug bei der Sonderschulung und bei Fördermassnahmen in der Regelklasse sparen würde. Burtschers Partei hat sich nicht hinter die Initiative gestellt, wird dies aber möglicherweise noch tun. Im Grundsatz spricht sie sich für Kleinklassen aus. Die integrative Schulung habe versagt, sagt Burtscher. Es sei nachvollziehbar, dass inzwischen selbst Klassenlehrpersonen Kritik daran äussern, die im Prinzip vom Ansatz überzeugt sind. Einig sind sich Burtscher und Wydler darin, dass es



wenig Sinn ergibt, wenn wegen mangelnder Sonderschulplätze inzwischen selbst Kinder mit schweren Störungen in die Regelklasse integriert werden. Hier müsse der Kanton dringend handeln. Bildungsdirektorin Silvia Steiner kommentiert die Initiative derzeit nicht. Der Grund: Sie hat einen eigenen Verbesserungsvorschlag in der Vernehmlassung. Geplant sind kurzfristige, betreute Mini-Time-outs in separaten Zimmern für Kinder, die eine zu grosse Belastung sind.

«Das heutige System schafft Probleme für alle»

NZZ, 20 September 2023, Zürich und Region, Interview: Michael von Ledebur

Eine Initiative fordert die Rückkehr zum Kleinklassenmodell im Kanton Zürich

Wie soll die Schule mit verhaltensauffälligen Kindern umgehen? Die Frage wird seit langem diskutiert. So gut wie jede Lehrperson kennt Episoden von Kindern, die für sie und ihre Klassen oder für Kollegen zur Belastung wurden. Dies ist problematisch, besonders vor dem Hintergrund des Mangels an Lehrpersonen.

Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Mitte) hat wiederholt gesagt, sie wolle die Lehrerschaft mit zusätzlichen Massnahmen entlasten. Sie betont jedoch stets, dass sie am grundsätzlichen, vor rund einem Jahrzehnt eingeführten Modell der integrativen Förderung festhalten will. Dieses sieht vor, dass sämtliche Kinder in Regelklassen unterrichtet und die Lehrpersonen von Fachleuten unterstützt werden.

Ein überparteiliches Komitee, politisch Mitte-rechts zu verorten, schlägt jetzt aber den Systemwechsel vor und lanciert eine Volksinitiative. Kinder, die den Unterricht stören, sollen «Zugang» zu heilpädagogisch geführten Förderklassen haben. Heisst: Die Schülerinnen und Schüler werden auf Entscheid der Schulpflege hin in diese Klassen eingeteilt. Nimmt man Umfragen zum Nennwert, dürfte das Anliegen beim Volk Chancen haben.

Mitinitiantin Yasmine Bourgeois, FDP-Gemeinderätin in der Stadt Zürich und von Beruf Schulleiterin, erläutert das Anliegen im Interview.

Frau Bourgeois, Sie wollen Klein- oder Förderklassen wieder einführen. Was ist das Problem am heutigen Schulsystem?

Heute werden Kinder mit Lernschwäche oder Verhaltensauffälligkeiten konsequent in der Regelklasse unterrichtet, bei Bedarf werden Heilpädagogen und andere Fachleute beigezogen. Dieses System schafft vielerlei Probleme für alle. Die Kinder erhalten nicht jene Zuwendung, die angemessen wäre. Die Lehrpersonen fühlen sich alleingelassen. Der Koordinationsaufwand für die Schulen ist enorm. Und jene Schulkinder ohne spezielle Bedürfnisse kommen zu kurz, weil die Lehrpersonen keine Zeit für sie haben oder weil unter dem steten Kommen und Gehen im Klassenzimmer die Konzentration leidet.

Das integrative System gilt unter Fachleuten als Fortschritt. Wieso wollen Sie die Uhr zurückdrehen?

Wir wollen nicht die Uhr zurückdrehen, sondern einen Fehler korrigieren. Ein System, das trotz allen Stützmassnahmen doch nicht funktioniert, muss geändert werden.

Viele Fachpersonen würden Ihnen widersprechen. Sie verweisen gerne auf zahlreiche Studien, wonach Kinder mit Lernschwächen im integrativen Unterricht mehr lernen als in der Kleinklasse.

Die Praxis sieht anders aus. Gerade diese Kinder leiden unter dem heutigen System, denn sie gehen in einer Regelklasse oft unter. Natürlich gibt es die anderen Fälle, jene, bei denen es gut läuft. Da soll sich am heutigen Zustand auch gar nichts ändern. Wir fordern ja nicht, dass alle integrierten Kinder nur noch in Förderklassen unterrichtet werden. Wir wollen, dass Schulkindern bei Bedarf



der Zugang zu Förderklassen ermöglicht wird. Eine Schule kann dadurch rascher reagieren, wenn es Probleme in einer Klasse gibt.

Nochmals: Die Wissenschaft legt einen anderen Schluss nahe. Demnach profitieren Kinder mit Lernschwäche von der Integration. Und solange ihr Anteil in einer Klasse nicht zu hoch sei, leide auch der Unterricht für die übrigen Schulkinder nicht.

Wenn alle profitieren würden, würde der Widerstand nicht immer weiter wachsen. Die Erfahrungswerte vieler Sonderschullehrpersonen – auch meine eigenen aus meinen Tätigkeiten – legen einen anderen Schluss nahe. Kinder mit Lernschwächen brauchen viel Betreuung. Für Lehrpersonen ist der Aufwand enorm. Sie müssen Elterngespräche führen und die Zusammenarbeit mit dem Stützpersonal koordinieren. Die Lehrpersonen sind für den Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit Lernschwäche nicht ausgebildet und warten oft monatelang auf Hilfe. Viele sind frustriert, manche verlassen den Lehrerberuf, was angesichts des Lehrermangels doppelt dramatisch ist.

Fachleute warnen davor, dass Kinder mit Lernschwächen stigmatisiert werden. So, wie dies früher bei den Kleinklassen der Fall war.

Die Kinder werden heute auch stigmatisiert, wenn sie zwar in den Regelklassen sind, aber stets zu spüren bekommen, dass sie nicht genügen. Dass sie trotz all der Hilfe, die sie erhalten, nicht mit den Schulkameraden mithalten können. Ich erinnere mich an eine Mutter, deren Sohn eine Lernschwäche hatte und die dafür kämpfte, dass er die Regelklasse verlassen und eine Kleinklasse oder Sonderschule besuchen kann. Sie sagte, die Mitschülerinnen und Mitschüler würden zwar alle lieb mit ihm umgehen. Aber sein Freund wolle trotzdem niemand sein. Er fühle sich fehl am Platz und sei total unglücklich.

Man kann den Verdacht hegen, es gehe Ihnen einfach um einen ruhigen Unterricht für die Mehrheit – auf Kosten der störenden Minderheit.

Das stimmt nicht. Es geht darum, für alle möglichst passende Bedingungen zu schaffen. Die Initiative zielt auf ein durchlässiges System.

Es geht einerseits um Kinder mit Lernschwierigkeiten oder leichten geistigen Behinderungen und andererseits um solche, die verhaltensauffällig sind. Welche stören den Unterricht stärker?

Das lässt sich nicht so leicht und vor allem nicht einheitlich beantworten. Aber es sind tatsächlich sehr unterschiedliche Gruppen. Kinder mit Verhaltensschwierigkeiten sind deutlich auffälliger im Unterricht. Gleichzeitig würden sie an sich meist über die kognitiven Fähigkeiten verfügen, dem Unterricht zu folgen. In diesen Fällen kann es sinnvoll sein, die Kinder eine Zeitlang in einer Förderklasse zu unterrichten. Das Ziel ist es gerade nicht, sie in Förderklassen zu parkieren, sondern sie in die Regelklasse zurückzubringen. Bei Kindern mit Lernschwierigkeiten geht es eher darum, dass diese in einer Regelklasse nicht angemessen gefördert werden können.

Die Frage der Förderklassen wurde im kantonalen Wahlkampf diesen Frühling plötzlich zum Thema. Ist das Anliegen parteipolitisch motiviert?

Überhaupt nicht, die Initiative wird parteiübergreifend getragen, von Leuten aus bürgerlichen sowie Mitte-Parteien. Es engagieren sich auch Bildungsexperten, beispielsweise der Sonderpädagoge Riccardo Bonfranchi.

Die Bildungsdirektorin Silvia Steiner will das System anpassen: Neu sollen störende Kinder kurzfristig aus dem Klassenzimmer in ein separates Zimmer mit einer weiteren Lehrperson geschickt werden können. Warum reicht Ihnen dies nicht?

Weil die Klassenlehrperson verantwortlich bleibt. Der gesamte Koordinationsaufwand bleibt an ihr hängen. In Förderklassen wären Heilpädagogen verantwortlich. Sie könnten auf die Probleme der einzelnen Schüler eingehen. Im heutigen System können Heilpädagogen dies nicht leisten, denn sie sind weniger als ein Drittel der Zeit im Schulzimmer anwesend.

Sie schreiben, die Umsetzung solle ohne finanzielle Mehrbelastung von Kanton und Gemeinden erfolgen. Ist das realistisch?

Aus meiner Sicht liegt es auf der Hand, dass das heutige System viel teurer ist. Allein schon der zusätzliche Raumbedarf schlägt sich in Form von höheren Kosten für den Schulhausbau nieder.



Hinzu kommt das zusätzliche Betreuungspersonal, von Klassenassistenten bis zu Zivildienstleistenden. Wichtig ist, dass wir den Gemeinden keine Vorgaben machen: Sie können selbst Förderklassen betreiben oder mit anderen Gemeinden zusammenarbeiten. Der Versuch, das heutige System mit immer neuen Stützungsmaßnahmen und immer noch mehr zusätzlichem Personal stützen zu wollen, ist mit Sicherheit teurer als unser Vorschlag. Aber die Kosten sind nicht der Punkt. Das heutige System wird niemandem gerecht, weder den Schulkindern noch den Lehrpersonen noch den Eltern.

Mini-Time-out für schwierige Schüler: Silvia Steiner reagiert auf Kritik

Tages-Anzeiger, 8. Sept. 2023, Zürich

Integrative Schule • Kurzfristige Wegweisungen sollen mehr Ruhe in den Schulalltag bringen.

Die Kritik an der integrativen Schule und der Ruf nach Kleinklassen waren in den letzten Monaten nicht zu überhören. In Basel lancierten Lehrkräfte sogar eine Volksinitiative zum Thema. In Zürich ergaben verschiedene Erhebungen, dass die integrative Förderung (IF) in der Bevölkerung an Zuspruch verloren hat.

In einer Tamedia-Umfrage von Anfang Jahr zum Beispiel befürworteten zwei von drei Gefragten, dass Kinder mit besonderen pädagogischen Bedürfnissen wie früher in Kleinklassen eingeteilt werden sollen.

Steiner will Gesetz ändern

Nun will Bildungsdirektorin Silvia Steiner (Die Mitte) tatsächlich das Zürcher Volksschulgesetz von 2005 ändern. Am Prinzip, möglichst alle Kinder in der Regelklasse zu unterrichten, will sie aber nicht rütteln. Auch mehr Sonderschulung ist kein Thema, im Gegenteil. Aber Steiner anerkennt, dass verhaltensauffällige sowie über- und unterforderte Schülerinnen und Schüler eine grosse Belastung für die Lehrpersonen und den Klassenverband sein können. Deshalb schlägt Steiner eine Art Mittelweg vor.

Mehr Lehrpersonenstellen

Die störenden Kinder und Jugendlichen sollen kurzfristig aus dem jeweiligen Klassenzimmer geschickt werden können. Empfangen werden sie dann von einer Lehrperson in einem separaten Zimmer in derselben Schuleinheit.

«Erweiterter Lernraum» heisst dieses Modell und ist gleichzeitig der neuste Begriff in der Zürcher Schullandschaft. Mini-Time-out könnte man es auch nennen. Die Möglichkeit des «richtigen» Time-out bleibt bestehen. Dieses bedeutet aber eine Wegweisung aus dem Schulunterricht bis höchstens vier Wochen. Dass die Neuerung durchaus Gewicht hat und eine neue Organisationsform bedeutet, beweist der Umstand, dass dafür eine Gesetzesänderung nötig ist. Neben der «Schulklasse» soll im Volksschulgesetz dieser «erweiterte Lernraum» verankert werden. «Der Vorrang der Integration bleibt», stellt Martin Peter, stellvertretender Chef des Volksschulamts, klar. «Die Grundidee ist eine kurzfristige Entlastung der Lehrperson, der Klasse oder des betroffenen Kindes oder Jugendlichen.» Ziel sei aber stets die möglichst rasche Rückkehr des Kindes in die Regelklasse.

Die Bildungsdirektion ist bereit, für das neue Modell Geld in die Hand zu nehmen, da es mehr Lehrpersonen braucht. Konkret wird der sogenannte Gestaltungspool aufgestockt. Aus diesem Pool rekrutieren die Gemeinden flexibel einsetzbare Lehrpersonen. Bisher hatten die Gemeinden ein Anrecht auf 0,028 Stellen pro «normale Vollzeitstelle». Hat also eine Schule 100 Vollzeitstellen zur



Verfügung, erhielt sie 2,8 zusätzliche Pool-Stellen. Für das neue Angebot des erweiterten Lernraums steigt der Quotient auf 0,05, was in diesem Beispiel 5 Stellen bedeutet.

Bereits erprobtes Modell

Wie viel das kosten wird, ist gemäss Martin Peter noch nicht bezifferbar, da das Angebot für die Gemeinden freiwillig ist. Es ist nicht bekannt, wie viele Schuleinheiten davon Gebrauch machen werden. Auch haben diverse Gemeinden bereits ähnliche Angebote lanciert, sogenannte Schulinseln oder Förderzentren. Diese haben sie durch Umlagerung der vorhandenen Lehrpersonenstellen finanziert.

Die Bildungsdirektion rechnet damit, dass die Mehrkosten aufgrund des neuen Angebots mittelfristig kompensiert werden, da «kostenintensive Sonderschulungen vermieden werden» könnten. Der Vorstoss von Silvia Steiner kommt gut an beim Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverband (ZLV). «Wir begrüßen den Schritt sehr», sagt Präsident Christian Hugi. Er entspreche einer der Hauptforderungen eines ZLV-Positionspapiers aus dem Jahr 2018.

Ein Makel bleibt

Positiv zu werten sei insbesondere das Signal an die Gemeinden, die noch kein derartiges Modell eingeführt hätten, aber gerne in diese Richtung gehen wollten. Hugi geht davon aus, dass viele Schulen auf das Angebot des Kantons eingehen werden. Eine Kritik hat er trotzdem: «Leider ist nicht vorgesehen, das Entlastungsmodell flächendeckend einzuführen.»

Die Folge könnte sein, dass gut situierte Gemeinden das Angebot eher annehmen als weniger reiche. Die Gemeinden zahlen 80 Prozent der Lehrpersonenlöhne, der Kanton 20 Prozent. Silvia Steiner will nun wissen, wie das neue Modell ankommt. Deshalb hat sie die Neuerung bis am 7. Dezember in die Vernehmlassung gegeben. (pu)

Kleinklassen sind die bessere Lösung

Tages-Anzeiger, 18. September 2023, Debatte, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 8.9. «Mini-Time-out für schwierige Schüler: Silvia Steiner reagiert auf Kritik»

Die Bildungsdirektion will das Problem mit den verhaltensauffälligen Kindern in Normalklassen endlich anpacken und hat für ihre Lösung das originelle Wort Mini-Time-out kreiert. Ist interessant. Wie ich aber aus Elternkreisen erfahren habe, denkt man in diversen Kantonen daran, mittels Volksinitiative die Wiedereinführung von speziellen Förderklassen zu verlangen. In Basel wurde das Begehren bereits lanciert, und in Zürich steht der Start offenbar bevor. Es wäre deshalb vernünftig, jetzt nicht dreinzuschiessen und schon definitive Gesetzesänderungen vorzusehen, bevor klar ist, was läuft.

Vera Diaz, Zürich

Es ist erfreulich, dass Regierungsrätin Steiner nun auch begriffen hat, dass etwas geschehen muss mit ständig störenden Kindern in Normalklassen. Die von ihr vorgeschlagene Lösung aber mit «Mini-time-outs» respektive «Lerninseln» scheint mir nicht richtig zu sein. Der ganze Schulbetrieb ist doch sonst schon mit den vielen Halbstellen und Zusatzlehrpersonen für Therapieangebote und Deutschlektionen und so weiter umständlich genug, und nun soll alles noch komplizierter werden! Ich sehe auch die praktische Durchführbarkeit nicht. Wenn also ein Kind den Unterricht massiv beeinträchtigt, soll es «kurzfristig» von einer Lehrperson in einem separaten Zimmer «empfangen» und dann maximal während vier Wochen allein betreut werden. Ich zweifle sehr daran, dass alle Schulen in der Lage wären, im Notfall sofort eine Lehrerin und ein verfügbares Zimmer herbeizuzaubern. Und wenn nach vier Wochen keine Besserung festzustellen ist und das



verhaltensauffällige Kind nach der Rückkehr in die Normalklasse gleich wieder von Neuem stört? Die Basler haben es begriffen. Mit Mini-time-outs wird das Problem nicht gelöst. Man wird nicht darum herum kommen, wieder die einst bewährten Klein- oder Förderklassen einzuführen. Frau Steiner scheint offenbar bereit zu sein, bei den finanziellen Konsequenzen zugunsten der Gemeinden Zugeständnisse zu machen. Dies ist gut so und auch unbedingt erforderlich.

Hans-Peter Köhli, Zürich

Solche Mini-Time-outs, wie sie die Zürcher Bildungsdirektorin einführen will, sind bei Fachleuten umstritten. Kinder, die in einer Normalklasse ständig stören, haben meist selber irgendwelche Probleme. Man nimmt sie deshalb als Störenfriede wahr, dabei täte ihnen nichts besser als Ruhe und Geborgenheit in einer kleinen Abteilung mit einer verständnisvollen Lehrperson, wo sie sich im guten Sinne entfalten können. In einer Regelklasse bleiben sie stets Spezialfälle und sind dadurch eben gerade nicht integriert und unter Dauerstress. Müsste ich die Entscheidung treffen zwischen Lerninseln und Kleinklassen, würde ich ganz klar Letztere bevorzugen.

Bruno Pfister, Galgenen

Ein Schulbuch mit Schlagseite

NZZ, 15. September 2023, Zürich und Region, Michael von Ledebur

Die Stadt Zürich gibt ein Lehrmittel zum Kolonialismus heraus – es wirft Fragen auf



Ein Familienfoto der Familie Escher aus dem Jahr 1846. Hinten rechts stehend: Alfred Escher.
ZB Zürich / Graphische Sammlung



Der Kolonialismus lässt die Stadt Zürich nicht los. Zunächst gab der Stadtrat eine wissenschaftliche Studie zu den wirtschaftlichen Verstrickungen der städtischen Eliten in den Sklavenhandel in Auftrag. Dann liess er eine Ausstellung organisieren, die bis am 2. September im Stadthaus zu sehen war, Titel: «Blinde Flecken». Vor kurzem hat er nun ein Lehrmittel herausgebracht, das in den städtischen Schulen zum Einsatz kommen soll.

Man sucht die allfällige eigene historische Schuld und will sich ihr stellen. Die Frage ist, ob man diese Suche mit der gebotenen Nüchternheit angeht. Im Falle des Schulbuchs stellt sich die Frage mit besonderer Dringlichkeit, denn die Schule ist der politischen Neutralität verpflichtet. Doch es gibt Indizien, die am unvoreingenommenen Zugang zweifeln lassen.

Das Lehrmittel «Zürich und der Kolonialismus», welches das Zürcher Präsidialdepartement gemeinsam mit der pädagogischen Hochschule herausgebracht hat, richtet sich an Kinder der Sekundarschulstufe. Schulkinder sollen «historische Zusammenhänge erforschen und ein Verständnis für Zürichs Rolle im Kontext des Kolonialismus entwickeln». Das Buch kann heruntergeladen werden. Es umfasst 76 Seiten, ist reich bebildert und ist gegliedert in drei «Aufgabensets», zu Sklaverei, den «Anderen» sowie zu «Werbung als Spiegel kolonialer Vorstellungen».

Weiss ist nicht gleich weiss

Bemerkenswert ist das Glossar, das das Schulbuch begleitet. Und darin sind es besonders zwei Begriffe: «Rassismus» und «weiss». Rassismus, heisst es im Glossar, sei nicht nur eine individuelle Diskriminierung, sondern «ein institutionalisiertes System, das in soziale, wirtschaftliche, politische und kulturelle Beziehungen hineinwirkt und weisse Menschen und ihre Interessen konsequent bevorzugt».

Und «weiss» sei auf zweierlei Arten zu verstehen. Weiss meint einfach helle Haut – *weiss* in kursiv gesetzt hingegen stehe in der Rassismus-Forschung für Menschen, die «keinen negativen Rassismuserfahrungen» ausgesetzt seien.

Die städtische FDP kritisiert dies in einer Anfrage an den Stadtrat. Verfasst haben diese Stadtparlamentarierin Yasmine Bourgeois und Parteipräsident Përparim Avdili. Sie monieren, es würden «unwissenschaftliche, politisch links geprägte Definitionen» verwendet.

Bourgeois sagt, die gewählte Rassismus-Definition impliziere zu Unrecht, dass die heutige Gesellschaft von Grund auf rassistisch sei und dass Weisse daran schuld seien. Das widerspreche der Lebenswirklichkeit. «Und es ist eine pauschale Verurteilung. Man macht Schülerinnen und Schülern mit weisser Haut ein schlechtes Gewissen für etwas, wofür sie nichts können und das sie nicht wirklich verstehen.» Natürlich soll man über Rassismus aufklären, findet Bourgeois. «Aber nicht, indem man andere Gruppen anprangert.»

Përparim Avdili, FDP-Präsident mit albanischen Wurzeln, sagt, es würden aktiv Stereotype bewirtschaftet, «indem man wieder Leute in Gruppen von Tätern und Opfern einteilt». Die FDP weist in ihrer Anfrage darauf hin, dass auch Secondos oder Weisse in Südafrika Opfer von Rassismus sein könnten.

Die Stadt hat das Glossar aufgrund der FDP-Anfrage angepasst. Neu heisst es, es könne der Eindruck entstehen, dass hellhäutige Personen mit Migrationserfahrung nicht von Rassismus betroffen sein könnten, «was ihren Lebensrealitäten möglicherweise widerspricht». Verständlicher macht dies den Glossar-Eintrag nicht, was im Lehrmittel selbst eingeräumt wird: «In der Alltagssprache kann der Begriff <weiss> Missverständnisse auslösen, denn die Alltagssprache versteht <weiss> als Farbe und meint – in Bezug auf Menschen – <hellhäutig>. Die unterschiedliche Verwendung desselben Worts ist daher im Alltag schwer verständlich.» Bourgeois sagt, es sei offensichtlich, dass all dies die Schulkinder, aber auch die Lehrerinnen und Lehrer überfordere. Und es zeuge von einer politischen Färbung.



«Ideologisch getrieben»

Doch es geht nicht nur um semantische Fragen. Auch der Umgang mit der Historie an sich ist fragwürdig – namentlich die Art und Weise, wie die Familie Escher dargestellt wird. Zu diesem Schluss kommt der Historiker und Escher-Biograf Joseph Jung. «Es ist keine redliche historische Abhandlung. Sondern eine ideologisch getriebene.» Dies sei stossend, sagt er.

Die Personalie Escher wird seit Jahren kontrovers diskutiert – insbesondere die Frage, ob Alfred Escher, Lichtgestalt des Zürcher Freisinns, vom Sockel geholt gehört, weil er vom Sklavenhandel profitiert haben soll. Klar ist, dass Alfred Escher selbst nie Sklaven besass. Hingegen betrieben seine Onkel Fritz und Ferdinand zwischen zirka 1820 und 1847 eine Kaffeeplantage auf Kuba. Alfreds Vater Heinrich hatte seinen Brüdern die finanziellen Mittel zur Verfügung gestellt, um ihnen eine Existenz zu ermöglichen.

Heinrich Escher sei in den Kauf der Plantage aber nicht involviert gewesen, sagt Joseph Jung, auch wenn dies im Lehrmittel fälschlicherweise behauptet werde. Die Plantage fiel 1847 zurück an Heinrich Escher, der sie kurz darauf verkaufte.

Das Schulbuch verwendet einerseits viel Raum darauf, den Reichtum von Heinrich Escher darzustellen. Und andererseits darauf, die menschenunwürdigen Verhältnisse auf einer Sklavenplantage in Kuba in Besitz der Familie zu thematisieren. Das Schulbuch suggeriert einen Zusammenhang zwischen Plantagenbesitz und Heinrich Eschers Vermögen. Und damit indirekt mit dem Erbe, das Sohn Alfred seine grosse Karriere später erst ermöglichte.

Zwar wird im Schulbuch mit einem Satz darauf hingewiesen, es sei «ungewiss, wie gross der Erlös» von Heinrich Escher aus dem Verkauf der Plantage war. Doch wird suggeriert, dass der Gewinn beträchtlich gewesen sein muss. Zumal im Anschluss die Vermögenswerte Heinrich Eschers ausführlich geschildert werden. Ein Zusammenhang zwischen Plantageverkauf und Eschers Vermögen ist jedoch nicht belegt. Dies geht auch aus der Studie der Universität Zürich im Auftrag der Stadt aus dem Jahr 2020 klar hervor. So war Heinrich Escher, der Vater von Alfred, bereits vermögend, bevor seine Brüder die Plantage betrieben. Die Studie der Universität Zürich verweist hier auf das Werk von Jung.

Zwar gibt es die Theorie, dass Escher das Kapital über Umwege nach Zürich transferierte, aber gemäss Jung gibt es weder für eine Transaktion aus Kuba noch einem anderen Land Hinweise. Der Verkauf sei auch gemäss den Steuerlisten der Stadt Zürich ohne Einfluss auf sein Vermögen geblieben.

Unbestritten ist, dass Heinrich Escher sein Geld mit dem Kolonialwarenhandel – Reis, Tabak oder Baumwolle – verdiente, bei deren Produktion Sklavenarbeit eine Rolle spielte. Gemäss der Studie der Universität Zürich waren die Verstrickungen der Familie Escher in Geschäfte rund um die Sklaverei «aussergewöhnlich», auch wenn unklar sei, wie viel die Familie daraus erwirtschaftet habe. Man kann sich somit fragen, ob und in welchem Ausmass Heinrich Escher nicht ohnehin von Ausbeutung profitiert hat, die Plantage einmal ausser acht gelassen.

Diesen Zusammenhang könne man schon herstellen, sagt Jung. Aber ein solcher Vorwurf habe eine ganz andere Qualität als der direkte Besitz einer Sklavenplantage. Dass Heinrich Escher weder Sklavenbesitzer noch -Händler war, hätten die Gerichte bereits 1846 ausdrücklich festgehalten in einem Prozess wegen Verleumdung durch seine politischen Gegner.

Stadt verweist auf Lehrkräfte

Wie lassen sich das Glossar und die Darstellung Heinrich Eschers mit dem Gebot einer unpolitischen Schule vereinbaren? Das Präsidialdepartement unter Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) schreibt, dieses Gebot bedeute nicht, dass die Schule um politisch kontroverse Themen einen Bogen machen soll. Das Glossar mit den Begriffen «weiss» und «Rassismus» sei nicht für die Schülerinnen und Schüler gedacht, sondern für die Lehrpersonen – damit sie vorbereitet seien, falls die Diskussion aufkomme. «Eine Diskussion über Rassismus erachtet die Stadt in jedem Fall als wertvoll. Dazu kann auch das Hinterfragen eigener Vorurteile oder Privilegien gehören.»



Zur Darstellung von Heinrich Escher schreibt die Stadt, es werde ja erwähnt, dass der Erlös aus dem Plantagenverkauf ungewiss sei. Zudem richte sich dieser Teil des Lehrmittels ebenfalls nur an die Lehrpersonen. In den Arbeitsmaterialien für die Schülerinnen und Schüler werde kein direkter Zusammenhang behauptet. Es sei an den Lehrkräften, für eine ausgewogene Darstellung und Diskussion zu sorgen.

Gerade dies hält Yasmine Bourgeois, von Beruf Schulleiterin, für völlig unrealistisch. Lehrpersonen werden kaum zusätzliches Material verwenden – «gerade bei einem solch heiklen Thema». Im Alltag, da habe sie keinen Zweifel, werde sich die Lehrerschaft der pfannenfertigen Vorlage bedienen.

Haarsträubende Geschichtsklitterung im Schulbuch

NZZ, 15. September 2023, Meinung & Debatte, Michael von Ledebur

Kolonialismusdebatte in der Stadt Zürich

Zürich, rot-grüne Stadt fern der Meere, arbeitet sich seit Jahren am Kolonialismus ab. Die Stadt will wissen, wie stark sie wirtschaftlich in den Sklavenhandel verstrickt war, wie viel Schuld sie auf sich geladen hat. Nun konfrontiert das Präsidialdepartement unter Stadtpräsidentin Corine Mauch (SP) auch Schulkinder mit dieser Frage, in Form eines neuen Schulbuchs. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Zu einem umfassenden Bild der eigenen Geschichte gehören die Schattenseiten. Das Lehrmittel enthält denn auch durchaus interessante Aspekte, etwa zu den Völkerschauen, die es bis ins 20. Jahrhundert gab. Doch leider hat es insgesamt Schlagseite.

Das Befremden beginnt beim Glossar. Rassismus als «institutionalisiertes System», das «weisse Menschen und ihre Interessen konsequent bevorzugt»: Hier bedient man sich offensichtlich Begriffe aus dem amerikanischen Diskurs. Dort hat der Begriff des institutionellen Rassismus insofern eine Berechtigung, da Rassismus tatsächlich mehr sein kann als individuelle Diskriminierung im Alltag und sich beispielsweise auch in der Vernachlässigung von Stadtteilen mit überwiegend schwarzer Bevölkerung zeigt. Doch allein dieses Beispiel zeigt, wie anders die hiesigen Verhältnisse sind. Die Begriffe lassen sich nicht einfach auf die Schweiz übertragen. Wer es doch tut, nimmt Abstriche bei der Logik in Kauf. So sind gemäss Glossar «weisse» Menschen solche, «die keinen negativen Rassismuserfahrungen ausgesetzt sind».

Erst nach dem Hinweis in einer Anfrage der FDP, weisse Secondos erlebten durchaus Rassismus, ergänzte die Stadt: «Es kann das Missverständnis entstehen, hellhäutige Personen könnten nicht von Rassismus betroffen sein, was ihren Lebensrealitäten möglicherweise widerspricht.» Es ist eine Zumutung, Lehrerinnen und Schüler solch sinnfreien Ergüssen auszusetzen. Man soll über Rassismus diskutieren, aber mit Begriffen, die mit den hiesigen Verhältnissen und vor allem den Lebenswelten der Schülerinnen und Schüler etwas zu tun haben. Stossend ist auch der Umgang mit der Historie selbst. Da wird suggeriert, das Vermögen von Heinrich Escher, dem Vater von Alfred Escher, basiere massgeblich auf dem Verkauf einer Sklavenplantage. Dies, obwohl die Forschung diesen Schluss in keiner Weise stützt.

Ein kritischer Blick auf das Wirken der Familie Escher ist richtig. Man hätte es bei der gesicherten Erkenntnis bewenden lassen können, dass Heinrich Escher Kolonialwaren verschiffte und indirekt von der Sklaverei profitierte. Es ist auch angebracht, die unmenschlichen Verhältnisse auf der Sklavenplantage von Alfred Eschers Onkel zu thematisieren. Nur konnte die Autorschaft der Versuchung nicht widerstehen, eine einfache Story zu zimmern: Sklaverei gleich Vermögen gleich Alfred Eschers Karriere. Dahinter steht, unausgesprochen, die Annahme, dass der Aufstieg des Kapitalismus westlicher Prägung letztlich auf Ausbeutung beruhte. Aber dies lässt sich am Beispiel Eschers nun einmal nicht beweisen.



Die Darstellung ist nicht redlich und widerspricht dem Auftrag an die öffentliche Schule, politisch neutral zu sein. Dass die Stadt die Verantwortung für eine ausgewogene Darstellung einfach an die Lehrerinnen und Lehrer abschiebt, ist billig und realitätsfremd. Das Schulbuch wird aber auch den Schülerinnen und Schülern nicht gerecht. Einerseits traktiert man sie mit Begriffen fern ihrer Lebenswirklichkeit. Andererseits serviert man ihnen eine zurechtgeschliffene Geschichte inklusive Moral. Dabei könnte man ihnen die Lücken in der Geschichtsschreibung, fehlende Quellen und offene Fragen, durchaus zumuten. Und man könnte, ja man müsste sie darauf hinweisen, dass historische Themen kontrovers diskutiert werden dürfen. Auch heikle. Solange man sich an die Fakten hält.

Fehlender politischer Rückhalt für den Unterricht in Schweizer Geschichte

18. September 2023, Hanspeter Amstutz

«Zürich und der Kolonialismus» lautet der Titel eines Lehrmittels, welches das Präsidialamt der Stadt Zürich in Zusammenarbeit mit der Pädagogischen Hochschule Zürich den Stadtzürcher Sekundarschulen zur Verfügung stellt. Das attraktiv gestaltete 76-seitige Schulbuch soll die Verstrickungen von Zürcher Kaufleuten in den Sklavenhandel im frühen 19. Jahrhundert aufdecken und alltäglichen Rassismus in der heutigen Zeit erkennen. Das Anliegen steht im Einklang mit dem Lehrplan, da das Ringen um Menschenrechte und mehr soziale Gerechtigkeit zu den zentralen Themen des Geschichtsunterrichts gehört.

Tendenziöses Lehrmittel für Stadtzürcher Sekundarschulen

Trotz dieser positiven Vorzeichen wird man beim Engagement der Zürcher Stadtbehörden den Eindruck nicht los, es gehe den Verfassern weniger um ein pädagogisches als um ein spezifisches politisches Anliegen. Mit dem Lernangebot wird ein sanfter Druck auf die Lehrerschaft ausgeübt, bei historischen Persönlichkeiten ausführlich auf dunkle Stellen ihrer Biografie hinzuweisen und sich verbreiteter rassistischer Symbole unserer Tage bewusst zu werden. So heisst es im Glossar des Lehrbuchs, Rassismus sei ein «institutionalisiertes System, das weisse Menschen und ihre Interessen konsequent bevorzugt». Diese Definition trifft zwar den Kern des europäischen Kolonialismus im 19. Jahrhundert, schiebt aber auch in der Gegenwart den rassistischen Überlegenheitswahn einseitig den hellhäutigen Menschen zu. Unzulässige Geschichtsklitterung wird im Lehrbuch betrieben, wenn der Eisenbahnkönig Alfred Escher als indirekter Profiteur von Erträgen aus der Sklavenplantage seines Onkels bezeichnet wird. Gewiss war der Hauptinitiant des Gotthardbahnprojekts eine umstrittene Figur. Er hatte grosse Ziele, besass eine fast übermenschliche Schaffenskraft, war aber oft rücksichtslos im Umgang mit seinen politischen und wirtschaftlichen Konkurrenten. Doch Escher mit dem Sklavenhandel in Verbindung zu bringen, ist absurd.

Wenn die Politik sich um Inhalte des Geschichtsunterrichts kümmert, darf sie den Blick aufs Ganze nicht verlieren. Macht sie dies wie der Zürcher Stadtrat, droht sie ihre pädagogische Glaubwürdigkeit zu verspielen. Jugendliche in der Sekundarschule verfügen in der Regel noch nicht über das nötige Grundwissen, um historische Persönlichkeiten souverän beurteilen zu können. Was Jugendliche in diesem Alter brauchen, ist vielmehr das Kennenlernen von Meilensteinen unserer Landesgeschichte der letzten gut 200 Jahre. Es gilt, die Umsetzung wirklich grosser Ideen im politischen Alltag mitzuverfolgen und dabei einige Kapitel ausführlich zu behandeln. Dazu zählt mit Sicherheit die aufregende Zeit rund um das Revolutionsjahr 1848. Und da spielte Alfred Escher im aufstrebenden jungen Bundesstaat eine entscheidende Rolle. Neben dem Berner Ulrich Ochsenbein und dem Winterthurer Jonas Furrer gehörte er zu den führenden Köpfen, welche in den politisch aufgeladenen Gründerjahren für eine Aufbruchstimmung sorgten.



Verfassung von 1848 als Lehrstück für konstruktive Politik

Als im Frühjahr 1848 Revolutionen in unseren Nachbarländern ausbrachen und die alte europäische Ordnung aus den Fugen geriet, tat sich für unser Land unerwartet eine Türe auf. Die Interventionsdrohung der Grossmächte verblasste, sodass in der Verfassungskommission der Tagsatzung ohne Einmischung von aussen die Idee eines modernen Schweizer Bundesstaates konkretisiert werden konnte. Es fehlte nicht an Dramatik, denn es war eine Herkulesaufgabe, in dem zwischen konservativen und liberalen Kantonen polarisierten Schweizer Staatenbund einen Ausgleich zu finden. Zum Glück gab es besonnene Persönlichkeiten auf beiden Seiten, welche die Gunst der Stunde erkannten und eine überzeugende Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen vorschlugen. Wie diese Einigung zwischen den unterschiedlichen Interessen gelang, ist ein Lehrstück konstruktiver Politik und ein Meilenstein der Schweizer Geschichte.

Doch dieses Lehrstück ist in den wenigsten Sekundarschulklassen ein grosses Thema.

Völlig zu Unrecht gilt die Grundsteinlegung der modernen Schweiz als wohl langweiligste Revolution der Weltgeschichte. Dabei bietet diese Zeit des Aufbruchs genug Stoff für anschaulichen Geschichtsunterricht mit markanten Persönlichkeiten und grossartigen Ideen.

Wie wäre es, wenn die Zürcher Stadtregierung allenfalls in Zusammenarbeit mit Vertretern anderer Kantone den gut sichtbaren Spuren dieser prägenden Epoche in einem weiteren Lehrmittel nachgehen würde? Es wäre ein Zeichen, dass man gewillt ist, unserer Jugend ein wesentliches Stück unserer Schweizer Geschichte auf positive Weise zu vermitteln. Ein solches Konzept würde Kritik an Unzulänglichkeiten der damaligen Politik nicht ausklammern, schafft aber eine respektvolle Grundstimmung für die Leistungen unserer Vorfahren.

Politisch verunsicherte Lehrerinnen und Lehrer ohne inhaltlichen Auftrag

Leider muss man schon froh sein, wenn in den Sekundarschulen ein knapper Abriss über den Aufbau unseres Staatswesens vermittelt wird. Kaum jemand bestärkt die Lehrpersonen in der Überzeugung, dass sie einen wichtigen Auftrag für die staatspolitische Grundbildung unserer Jugend haben. Solange die Politik es ablehnt, ein ungeschöntes Narrativ der jüngeren Schweizer Erfolgsgeschichte mitzutragen, fehlt dem Fach der nötige Rückhalt. In der Primarschule wiederum sind die Heldengeschichten aus der Sturm- und Drangzeit der Alten Eidgenossenschaft, welche im Unterricht einst patriotische Gefühle weckten, längst entzaubert worden. So wagen es die meisten Primarlehrkräfte heute gar nicht mehr, über den Tell-Mythos hinauszugehen. Das alles wäre zu verkraften, wenn man sich dafür umso mehr der neueren Geschichte zuwenden würde. Doch das geschieht höchstens noch bruchstückweise. Dabei sind die meisten Jugendlichen an unserer jüngsten Geschichte mit ihrer offensichtlichen Relevanz für die aktuelle Politik höchst interessiert.

Im Lehrplan wird zwar festgehalten, dass Einblicke in wichtige Epochen zum Bildungsprogramm gehören. Auch wird den geschichtlichen Erzählungen ein hoher Stellenwert zugestanden. Doch das Konzept, den Unterricht strikt auf Kompetenzziele auszurichten, erschwert eine inhaltlich kohärente Vermittlung unserer Landesgeschichte. Da der Lehrplan den Kompetenzziele unzählige mögliche Inhalte zuordnet, ist in den Schulen der Eindruck einer grossen Beliebigkeit in der Stoffvermittlung entstanden. Man vermisst einen klaren inhaltlichen Bildungskompass für das Fach Geschichte.

Für eine Schweizer Geschichte mit verbindlichen Kernthemen

Es ist beschämend, wie wenig man sich in der Politik fragt, was denn in den Schulen im Fach Geschichte tatsächlich unterrichtet wird. Selbst die Zürcher Bildungsdirektion tappt diesbezüglich im Dunkeln, wie vor kurzem die Antwort auf eine Interpellation im Kantonsrat aufgedeckt hat. Es genügt absolut nicht, einige Themen nur zu empfehlen und zu hoffen, dass etwas geschieht. Vielmehr geht es darum, dass in der Lehrerbildung eine gründliche wissenschaftliche und didaktische Auseinandersetzung mit verbindlichen Kernthemen stattfindet. Didaktisch bedeutet hier primär, dass die im Geschichtsunterricht so zentrale Erzählkunst bei den Studierenden stärker gefördert wird und Elemente der Spannung in den Unterricht eingebaut werden. Wissenschaftlich heisst, dass geschichtliche Entwicklungslinien erkannt und unterrichtsrelevante Kenntnisse zu



ausgewählten Epochen erworben werden. Diese fachdidaktische Aufwertung wäre neben der politischen Unterstützung der beste Garant, um den Lehrerinnen und Lehrern Mut für einen gehaltvollen Geschichtsunterricht zu machen.

Die Feiern zum Verfassungsjubiläum von 1848 mit dem Lob auf die staatspolitische Weitsicht der Gründerväter sind vorbei. Man fragt sich, was in der Bevölkerung hängenbleibt. Naiv wäre es zu glauben, schon mit einigen politischen Podien und attraktiven Museumsveranstaltungen für Jugendliche könne ein breites politisches Interesse geweckt werden. Was es vielmehr braucht, ist eine gründliche Reform des Geschichtsunterrichts in der Volksschule. Das Fach muss aus seiner Randstellung geholt und mit einem inhaltlich klaren Bildungsauftrag versehen werden. Damit kann sichergestellt werden, dass unsere moderne Landesgeschichte mit ihren politischen Verflechtungen zu einem wesentlichen Thema in den Schweizer Schulklassen wird.

Abschaffung der Schulnoten: Viele andere Städte sind skeptisch

Zentralplus, 14. Juni 2023, Pascal Kaelin

Stadt Luzern prescht vor.

Die Stadt Luzern wird die Noten an den Primarschulen abschaffen. Ein Blick in andere Gemeinden zeigt: Die Meinungen dazu sind gespalten. Teilweise ist die Abschaffung wieder rückgängig gemacht worden.

Luzerner Primarschülerinnen war bislang klar: Ab der dritten Klasse gibt es Prüfungen, die mit Noten von 1 bis 6 beurteilt werden. Doch nun soll damit Schluss sein, wie die «Luzerner Zeitung» kürzlich berichtete (zentralplus berichtete). In Zukunft soll es nur noch Ende Semester Zeugnisnoten geben. Eine Umsetzung sei auf das Schuljahr 2024/25 möglich.

Mit dieser Änderung rüttelt die Stadt an einer jahrelangen Gewissheit. Dennoch möchte sich der Rektor der städtischen Volksschule, David Schuler, nicht als Avantgarde sehen. «Ich bin mir sicher, dass viele andere Gemeinden diesen Weg zurzeit beschreiten», sagte er gegenüber der «LZ». Denn für Schuler ist klar: Unter Fachpersonen sei es unbestritten, dass die Noten abgeschafft werden müssten.

Ein Blick in andere Städte zeigt: Tatsächlich gibt es Gemeinden und Städte, die ebenfalls eine Abschaffung der Noten prüfen. Ebenso gibt es aber Gemeinden, die an diesen festhalten wollen.

Basel hatte einst keine Noten und führte sie wieder ein

Kein Kanton vergab Noten so spät wie der Kanton Basel-Stadt. Bis Ende Schuljahr 2012/13 erhielten Schülerinnen erst ab der achten Klasse eine Schulnote. Im Rahmen einer Schulharmonisierung änderte der Kanton Basel-Stadt diese Praxis und führte Noten auf breiter Basis wieder ein. Fortan verteilen Lehrpersonen Schulnoten ab der fünften Klasse.

Jetzt, zehn Jahre später, hat sich nicht viel verändert. «Seit da gab es keine grösseren Bestrebungen, die Noten abzuschaffen», schreibt Gaudenz Wacker, Kommunikationsleiter des Erziehungsdepartements, auf Anfrage. «Das System bewährt sich», führt er fort.

Das Schweizer Bildungssystem ist stark auf Selektion ausgerichtet. Heisst: Nach einer gewissen Schulstufe werden Schülerinnen in unterschiedliche Leistungsstufen eingeteilt. Um die Einstufung vorzunehmen, braucht es eine möglichst objektive Bewertung. Es gibt Stimmen, die daher die Abschaffung der Schulnoten als unmöglich sehen. «So lange selektioniert wird, braucht es Noten. Sie sind die Währung dieses Systems», wurde etwa die Pädagogikprofessorin an der Universität Zürich, Katharina Maag Merki, im Juni 2021 im Onlineportal «Watson» zitiert.



Basel-Stadt: Leistungsgedanken sei wichtig

Auch Gaudenz Wacker vom Kanton Basel-Stadt schreibt, dass die Gemeinde aufgrund des Übertritts in eine Oberstufe an den Noten festhalten wolle. Dass für diesen Übertritt Noten unter dem Semester zwingend sind, sieht die Stadt Luzern anders. Zwar brauche es gegenüber den Eltern eine gute Kommunikation, sagt David Schuler gegenüber der «Luzerner Zeitung». Doch die drei Stadt Luzerner Schulen, die schon heute keine Noten mehr unter dem Semester verteilen würden, hätten gute Erfahrungen gemacht. Es gebe deswegen nicht mehr Streit wegen der Zeugnisnoten als früher. «Mit einer guten Kommunikation schaffen wir es, dass die Zahl im Zeugnis keine Überraschung ist», wird Schuler in der Zeitung zitiert. Im Luzerner Schulhaus Säli gibt es bereits heute nur noch Zeugnisnoten.

Wacker erwähnt aber noch einen weiteren Grund, weshalb der Kanton Basel-Stadt an den Noten festhält: «Mit der Schule soll auch ein Leistungsgedanken verknüpft werden.» Philipp Bucher, Experte für Schulentwicklung, bestätigt: Zeugnisnoten würden in Jahren vor dem Übertritt auf die Motivation der Schüler wirken. «Kinder haben in diesen Jahren einen grösseren Leistungszuwachs», sagte der Dozent an der Pädagogischen Hochschule der FHNW im März gegenüber «SRF». Dennoch sieht Bucher den Trend hin zu weniger Schulnoten positiv: «Der Druck in diesen Jahren löst auch aus, dass die Lernmotivation mittelfristig eher sinkt.»

Kanton Zürich erstickt Forderungen nach Schulen ohne Noten im Keim

Die Überlegungen über Schulen ohne Noten nimmt schweizweit zu. Bei der Zürcher FDP-Kantonsrätin Astrid Furrer läuteten die Alarmglocken, als sie von einer Bekannten aus dem Kanton Bern hörte, dass in ihrer Gemeinde die Schulnoten abgeschafft werden, wie der «Tages-Anzeiger» im vergangenen Jahr berichtete. Auch der Zürcher Bildungsrat dachte über die Abschaffung der Schulnoten nach. Furrer reichte später einen Vorstoss ein. Schüler sollten weiterhin mit Noten beurteilt werden, lautet ihre Forderung. Sie verlangte, dass im Volksschulgesetz ein entsprechender Paragraph eingeführt wird.

Und auch in der Gemeinde der Berner Kollegin von Furrer sei der Versuch einer Schule ohne Noten abgebrochen worden, wie der «Tages-Anzeiger» weiter berichtet. «Wir stellen fest, dass manchen Kindern die Lernbereitschaft fehlt, und wir haben uns gefragt, ob es vielleicht daran liegt, dass der Ansporn, eine gute Note zu erreichen, fehlt», schrieb die Schulleitung im Mai 2021 den Eltern in einem Brief. Furrer fühlte sich in ihrer Forderung bestärkt.

Im Mai 2022 hat der Zürcher Kantonsrat schliesslich entschieden: Ab der zweiten Klasse müssen Lehrpersonen – zumindest im Semesterzeugnis – Noten verteilen. Der Bildungsrat kann seither nicht mehr frei über die Beurteilung von Schulleistungen bestimmen, wie er das vorher konnte. Die Beurteilung muss jedoch auch unter dem Semester erfolgen, dann jedoch nicht nur mit Noten, sondern zusätzlich «durch ein konstruktives Feedback in mündlicher oder schriftlicher Form, wobei auch Symbole oder Farben verwendet werden können», wie es im Beschluss heisst.

Stadt Bern plant Pilotprojekt ohne Noten an Schulen

Auch im Kanton Bern werden Schülerinnen grundsätzlich ab der vierten Klasse mit Noten beurteilt. «Einzelne Schulen wenden innerhalb des gesetzlichen Rahmens jedoch bereits notenfremde Instrumente an», schreibt Luzia Annen, Leiterin des Schulamts, auf Anfrage.

Mit der Einführung des Lehrplans 21 im Jahr 2020 werden vermehrt Diskussionen darüber geführt, ob die Schulen notenfremde Instrumente einführen sollen. Derzeit laufe im Rahmen eines Vorstosses im Stadtparlament ein politischer Auftrag, ein Konzept zur notenfremen Beurteilung zu erarbeiten, schreibt Annen. «Es haben mehrere Schulen ihr Interesse an einem Schulversuch angemeldet, und erste Gespräche mit den Schulleitungen, mit uns vom Schulamt Stadt Bern und mit Vertretungen der kantonalen Bildungs- und Kulturdirektion sind in Planung.»



Annen schreibt, dass es alternative Beurteilungsmodelle gebe, die auch ohne Noten differenzierte Rückmeldungen über Lernfortschritte der Schüler ermöglichen würden. Solche Modelle seien zunehmend verbreitet und akzeptiert, heisst es.

Luzerner Gemeinden gehen unterschiedliche Wege

Kein Thema sei die Abschaffung der Schulnoten unter dem Semester in Horw, teilt Mediensprecher Christian Volken auf Anfrage mit. Philipp Bucher, Kommunikationsleiter der Gemeinde Emmen, schreibt: «Im Bereich der Notengebung auf der Primarstufe halten wir uns an die aktuellen Rahmenbedingungen des Kantons.» Ein Schwerpunkt sei eine Änderung der Notengebung aber nicht. Die Themen Selbstgesteuertes Lernen und Digitalität stünden im kommenden Schuljahr im Fokus.

Offener zeigt sich die Gemeinde Kriens: «Eine Beurteilung muss förderorientiert sein und die Lernenden im Lernprozess unterstützen. Das machen Noten meist nicht», sagt Mediensprecher Benedikt Anderes. «Die meisten Schulen der Primarstufe sind auf dem Weg, andere Formen der Beurteilung als Noten zu installieren.» Verordnen wolle man die Umstellung auf eine Schule ohne Noten aber nicht.

Auch die Surseer Volksschulen möchten die Notengebung anpassen: «Die Beurteilung soll an den Stadtschulen Sursee in den kommenden Jahren vermehrt durch formative, kompetenzorientierte Formen ergänzt und gestärkt werden», schreibt Philipp Calivers, Rektor der Stadtschulen Sursee. Ein entsprechendes Konzept zur «kompetenzorientierten Beurteilung» an den Primarschulen werde derzeit erarbeitet und Anfang 2024 der Bildungskommission zur Genehmigung unterbreitet.

Sind Schulnoten noch zeitgemäss?

SRF1, 7. September 2023, Moderation und Redaktion: Yvonne Hafner

Das Schuljahr 23/24 hat begonnen und viele neue Erstklässlerinnen und Erstklässler müssen sich nun an Schulaufgaben, Prüfungen und Noten gewöhnen. Muss das wirklich sein?

[Podcast hören](#)

Die Stadtluzerner Volksschulen wollen die Prüfungsnoten unter dem Jahr abschaffen, zugunsten einer ganzheitlicheren Beurteilung der Schülerinnen und Schüler. Auch andere Schulen planen diesen Schritt. Mit einer Beurteilung in Worten soll ein Kind besser erfahren, was es gelernt hat und was noch fehlt. Das sorgt für Widerstand und Diskussionen.

Befürworter: «Noten spornen zu Wettbewerb an»

Befürworter der Schulnoten sagen, Noten seien unabdingbar als Feedback für den Lernstand und das geschehe in einer stark leistungsorientierten Gesellschaft eben durch Leistungsbewertungen. Zudem würden viele Schüler durch den Wettbewerb in der Klasse zu mehr Leistung angespornt.

Gegner: «Noten erzeugen unnötig viel Druck»

Gegner von Schulnoten sagen, Noten seien oft Druck- und Stressquelle. Innerhalb der Klasse werde die eigene Leistung sofort mit derjenigen von anderen verglichen, was schwächere Schüler häufig demotiviere. Noten seien zudem nie objektiv und deshalb auch nur beschränkt aussagekräftig.

Gehören Schulnoten abgeschafft - zugunsten von differenzierteren Bewertungen? Oder sind die Zahlen wichtig, um sich selbst einzuordnen? Darüber diskutiert die Live-Sendung «Forum».

Gäste:

Gegen Noten: **Thomas Minder**, Schulleiter und Präsident Verband Schulleiterinnen und Schulleiter Schweiz (VSLCH)

Für Noten: **Carl Bossard**, ehemaliger Lehrer und Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug



Mehr Sek statt Run aufs Gymi

Tages-Anzeiger, 14. September 2023, Meinungen, Gastbeitrag von Filippo Leutenegger

Es herrscht Fachkräftemangel. Mehr Akademiker lösen aber das Problem nicht.

Wir haben genug Jugendliche an den Gymnasien und auch genügend Akademikerinnen und Akademiker - leider nicht in den stark nachgefragten Fachbereichen. Fast 20 Prozent studieren Geisteswissenschaften, Künste, Sozialwissenschaften oder Journalismus. Ihnen drohen aber prekäre Arbeitsverhältnisse oder sogar Arbeitslosigkeit, denn die Anzahl Stellen ist in diesen Bereichen beschränkt.

Dass man gemäss dem skandinavischen Modell für den Besuch des Gymnasiums bezahlt werden soll, ist völlig falsch. Vor allem, wenn man weiss, dass die Jugendarbeitslosigkeit in Schweden nach internationaler Definition trotz Gymiförderung 25 Prozent beträgt - in der Schweiz liegt sie dreimal tiefer bei rund 8 Prozent.

Der Schweizer Index der Adecco Group für das Jahr 2022 zeigt, dass Berufsgruppen, die mehrheitlich eine Lehre voraussetzen, unter starkem Fachkräftemangel leiden. In der verarbeitenden Industrie, dem grössten schweizerischen Wirtschaftszweig, fehlen über 19'000 Arbeitnehmende, im Gross- und Detailhandel sind es fast 13'000. Auch im Gesundheitswesen fehlen nicht nur Fachärztinnen und -ärzte. Die spezialisierten Pflegekräfte belegen beim Fachkräftemangel einen Spitzenplatz. Viele werden derzeit im Ausland rekrutiert - ob das auch in Zukunft möglich sein wird, ist ungewiss. Bei allen oben genannten Wirtschaftsbereichen erfolgt der Berufseinstieg in der Schweiz fast immer über eine Lehre.

Die Sekundarschule mit anschliessender Berufslehre ist für die meisten Jugendlichen der Königsweg - nicht das Gymi. Das hervorragende duale Bildungssystem mit starker Berufsbildung hat sich bewährt und ist eine tragende Säule der Schweiz und unserer Wirtschaft. Dem gilt es, Sorge zu tragen. Viele Fachhochschulen und höhere Fachschulen verlangen eine abgeschlossene Lehre. Berufliche Praxis mit anschliessender Spezialisierung und Weiterbildung ist ein ausgezeichnetes Mittel gegen den Fachkräftemangel, schafft attraktive Berufs- und Karrieremöglichkeiten und bietet besten Schutz vor Arbeitslosigkeit. Die Lehre - im Vergleich zur akademischen Bildung - als Umweg zu bezeichnen, wie im «Tages-Anzeiger» vom 22. August zu lesen war, ist kreuzfalsch und widerspricht dem grossen Erfolg unseres dualen Bildungssystems.

Im Gegenteil sollte der Kanton Zürich die Abschaffung des Langgymnasiums prüfen oder dieses stark einschränken. Das stärkt die Sekundarschule, und der Run auf das Langgymi nimmt ab. Damit wird vielen Kindern in der Primarschule grosser Druck, viel Leid und Stress genommen. Guten Schülerinnen und Schülern steht der Weg ins Gymi ohnehin offen. Die Sekundarschule gewährt dank Schnupperlehren einen ersten Einblick in die Berufswelt. Sie hat die Aufgabe, Talente und Fähigkeiten bei den Jugendlichen zu entdecken. Im Idealfall werden geeignete Jugendliche motiviert, eine Lehre in besonders gefragten Bereichen, wie IT oder Mechanik, zu beginnen. Die Lehre sollte unbedingt aufgewertet werden mit z.B. 8 bis 10 Wochen Ferien. Dann entscheiden sich auch Jugendliche mit Gymi-Potenzial für den direkten Berufseinstieg und profitieren von der ausgezeichneten Durchlässigkeit des Bildungssystems. Mit abgeschlossener Lehre, Berufsmatura und anschliessender Passerelle ist auch der Zugang zur Universität möglich.

Filippo Leutenegger Zürcher Stadtrat und Vorsteher des Schul- und Sportdepartements



Gleichwertigkeit Lehre und Gymi

Tages-Anzeiger, 19. September 2023, Debatte, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 7.9. «Ist die Gymi-Quote zu tief?»

Ich erinnere mich, dass nach Einführung der Berufsmittelschulen in der Schweiz (heute: Berufsmaturitätsschulen) die Eintrittsbedingungen im Kanton Zürich sehr hoch gehalten wurden. In den späteren Jahren lockerten sie die Eintrittsschwellen, und demnach vergrösserten sich ihre Schulen. Ich denke, dass sich die Gymnasien etwa in gleicher Art entwickelt haben. Und das bei beiden zuungunsten der Qualität. Nun wäre es aber an der Zeit, dass Absolventinnen und Absolventen von Gymnasien sowie jenen, welche in einer Berufslehre, kombiniert mit einer Berufsmaturitätsschule, ausgebildet werden, dieselben Aufnahmebedingungen für ein Studium an einer Hochschule zustehen. Denn Praxis wie unternehmerisches Denken, technisches Know-how, Personenkontakte u. a. m. bringen die Berufsschülerinnen und -schüler in die vorwiegend theorielastigen Akademikerberufe bereits mit. Das kann sich nur zum Vorteil auswirken. Und Akademikerinnen und Akademiker, welche zuvor eine Berufslehre absolvierten, können viel in ihr Studium einbringen, ob sie nun Arzt oder Architektin werden.

René Gauch, Rümlang

Die Gymi-Quote ist hoch genug

Tages-Anzeiger, 13. September 2023, Debatte, Leserbrief

«Tages-Anzeiger» vom 7.9. «Ist die Gymi-Quote zu tief?»

Würden sozusagen alle Jugendlichen zum Gymnasium zugelassen, die dies möchten (oder deren Eltern dies möchten), so würde wohl der Fachkräftemangel eher grösser als kleiner. Es müsste mit grosser Wahrscheinlichkeit mit folgenden negativen Auswirkungen gerechnet werden: 1. Das Leistungsniveau an den Gymnasien würde logischerweise sinken. 2. Vermutlich käme es dadurch zu grösseren Klassen mit gleichen Folgen wie bei Punkt 1. 3. Mehr Gymnasiastinnen und Gymnasiasten würden nicht bis zur Maturität durchhalten. 4. Höchstwahrscheinlich käme es zu noch mehr arbeitslosen jungen Erwachsenen, Akademikerinnen und Akademikern. 5. Vermutlich würden vermehrt Studienfächer und letztlich Berufe gewählt, in denen kein Fachkräftemangel besteht. 6. Der Fachkräftemangel in nichtakademischen Berufen (Handwerk, Gewerbe etc.) würde verstärkt. Unser duales System hat sich bewährt und sollte nicht leichtfertig geändert werden. So bleiben weit weniger Jugendliche und junge Erwachsene auf der Strecke, und für die Berufsleute besteht allezeit noch die Chance, ein Studium aufzunehmen.

Hans Maag, Elgg



«Zu viel Dünkel, zu viele Dogmen»

NZZ, 13. September 2023, Meinung & Debatte, Leserbriefe

Völlig zu Recht wird in der NZZ die staatliche Ungleichbehandlung von akademischer und beruflicher Ausbildung kritisiert (NZZ 29. 8. 23). Während die akademische Ausbildung hoch subventioniert wird, müssen Berufsleute ihre Ausbildung grösstenteils selber finanzieren. Eine sachliche Rechtfertigung für diese Ungleichbehandlung erschliesst sich nicht.

Gerne vernachlässigt in der Diskussion über Bildungsfinanzierung wird aber, dass oft auch die Eltern von volljährigen Kindern, die eine berufliche Ausbildung absolvieren, finanzielle Nachteile in Kauf nehmen müssen.

Der Kinderabzug für volljährige Kinder bei den Einkommenssteuern kann nämlich nur geltend gemacht werden, wenn das Kind auf die Unterstützung durch die Eltern angewiesen ist. Wird die Ausbildung an einer höheren Fachschule also berufsbegleitend absolviert, so entfällt in der Regel der Kinderabzug.

In vielen Fällen führt eine berufsbegleitende Ausbildung auch dazu, dass die Eltern den Anspruch auf Ausbildungszulagen für ihre Kinder verlieren, nämlich dann, wenn das jährliche Bruttoerwerbseinkommen des Kindes 29 400 Franken übersteigt. Beide Effekte zusammen führen zu einer Belastung der Eltern von mehreren tausend Franken pro Jahr.

Neben der geforderten Erhöhung der Studiengebühren wäre also meines Erachtens auch das Steuersystem bzw. das System der Familienzulagen zu überdenken.

Marco Caluori, Liebefeld

Es ist in der Tat nicht einzusehen, warum das Studium von Soziologen, Politologen und Anthropologen weitgehend vom Steuerzahler berappt werden soll, während die Aus- und Weiterbildung dringend benötigter Berufsleute ihnen selbst oder dem Arbeitgeber obliegt.

Besonders zweifelhaft ist, wenn Absolventen der Orchideenfächer nach langem und kostspieligem Studium das Rampenlicht der Politik suchen und vom Hörsaal direkt in den Ratssaal wechseln.

Fritz Meier-Witschi, Zürich



Veranstaltungshinweise

Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts

Starke Volksschule Zürich, 6. November 2023, 19 Uhr

Vortrag und Diskussion

Referent

Allan Guggenbühl

Ort und Datum

Montag, 6. November 2023, 19 Uhr

Glockenhof

Sihlstrasse 33

8021 Zürich

[Mehr...](#)



Die Lehrerin, der Lehrer – Zentraler Faktor eines erfolgreichen Unterrichts

Einladung zu einem Vortragsabend mit Diskussion
Montag, 6. November 2023, 19.00 Uhr
Glockenhof, Sihlstrasse 33, 8021 Zürich

Referent: Allan Guggenbühl

«Im Schulzimmer dieser sechsten Klasse herrscht ein emsiges Treiben. Die Schüler gruppieren sich um Pulte, sitzen auf dem Fenstersims oder lümmeln im Gang. Abwechslungsweise wenden sie sich Computern zu, flüstern, surfen, drucken auf Papier aus oder blättern in Arbeitsheften. Immer wieder starren sie auf ein Blatt, auf dem Anweisungen stehen. Hie und da kritzeln oder notieren sie etwas. Es geht um selbsttätiges Lernen. Die Kinder definieren individuelle Lernziele und entscheiden sich über die Arbeitsweise. Der Lernprozess wird gemäss Vorgaben schriftlich fixiert. Die Lehrperson amtiert als Coach; hält Beobachtungen schriftlich fest, gibt Ratschläge. Nach drei Tagen spreche ich mit zwei Knaben dieser Klasse und will wissen, was sie gemacht haben. «Blätter ausfüllen, Strichli, Strichli machen, meinen Spitzer habe ich verloren, das Thema? Keine Ahnung! » (Allan Guggenbühl).



Der bekannte Pädagoge Allan Guggenbühl wird uns am 6. November Anteil nehmen lassen an seinem reichen Erfahrungsschatz zur Bedeutung der Lehrerpersönlichkeit für einen gelingenden Unterricht.

Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Starke Volksschule St. Gallen, 16. November 2023, 19 Uhr

Doppelvortrag und Diskussion

Referenten

Mario Andreotti

Hanspeter Amstutz

Ort und Datum

Donnerstag, 16. Nov. 2023, 19 Uhr

Schulhaus St. Leonhard,

Vadianstrasse 49

9000 St. Gallen

[Mehr...](#)



Geschichte – ein Schulfach unter Druck

Doppelvortrag und Diskussion
Mario Andreotti
Hanspeter Amstutz

Der Unterricht in Geschichte kommt in der Schule zu kurz. Ohne verbindliches Bildungsprogramm, mit reduzierter Lektionenzahl und verwässert im Sammelbecken «Zeiten, Räume, Gesellschaften», fehlt dem Fach ein eigenes Profil. Dabei ist historisches Wissen, gerade für junge Menschen, von grösster Bedeutung.

- Warum ist das so, warum sollen wir uns mit der Vergangenheit befassen? (MA)*
- Wie wird Geschichtsunterricht für Jugendliche auch im Rahmen des neuen Lehrplans spannend und wie kann man politisches Interesse wecken? (HA)**
- Bringt das Reformprojekt «Gymnasium der Zukunft» für das Fach Geschichte eine Verbesserung oder gar eine Verschlechterung? (MA)*
- Welche Zukunft hat Geschichte innerhalb der Bildungspolitik? (HA)**

Lehrpersonen, Eltern und Interessierte sind zu diesem Doppelvortrag herzlich eingeladen.

Donnerstag, 16. November 2023, 19.00 Uhr
im Schulhaus St. Leonhard, Vadianstr. 49, St. Gallen
(5 Gehminuten vom Bahnhof, Eingang zur Aula nur über Davidstrasse)

* Prof. Dr. Mario Andreotti, Germanist und Historiker, ehem. Gymnasiallehrer, heute Dozent für Neuere deutsche Literatur, gilt als profunder Kenner der schweizerischen Bildungslandschaft. In seinem vielbeachteten Buch «Eine Kultur schafft sich ab. Beiträge zu Bildung und Sprache» (Verlag Fomalont) und in mehreren Zeitungsbeiträgen hat er die Abwertung der Geschichte an unseren Schulen kritisch hinterfragt. (MA)

** Hanspeter Amstutz, ehemaliger Sekundarlehrer, hat mit einem narrativen Zugang Jugendliche für Geschichte und politische Fragen begeistern können. Seine Erfahrungen gibt er heute weiter bei Fortbildungstagen an Pädagogischen Hochschulen und schulinternen Kursen. Politisch war er mit dem Schwerpunkt Bildung 16 Jahre aktiv im Zürcher Kantonsrat und war danach Volksschulvertreter im Bildungsrat. (HA)

sekretariat@starkevolksschule.sg.ch www.starkevolksschule.sg.ch